

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum

a) Politische Delegationen:
Hatten früher Bayern und Hessen an Quantität der Delegationen und Ergiebigkeit der Gespräche alle anderen Bundesländer im Kontakt mit China ausgestochen, so rückt nunmehr Baden-Württemberg ganz nach vorn. Im November hatte Ministerpräsident Lothar Späth eine Chinareise unternommen, in deren Verlauf man sich darauf einigte, auch den Mittelstand künftig stärker in das Chinageschäft einzubeziehen, nicht zuletzt bei den Gemeinschaftsunternehmen (C.a., November 1979, 0.1). Im Dezember reiste daraufhin der baden-württembergische Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Rudolf Eberle, nach Peking, begleitet von Vertretern mehrerer mittelgroßer Industriebetriebe. Baden-Württemberg möchte mit der im Nordosten liegenden Provinz Liaoning patenschaftliche Beziehungen aufnehmen. Die Kooperation, die sich auf Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik konzentrieren soll, wird allerdings angesichts der vorsichtigen Zurückhaltung potentieller chinesischer Partnerunternehmen nur langsam voranschreiten und sich zunächst wahrscheinlich auf Know-how-Lizenzverträge mit deutscher Zulieferung und Rücklieferung aus der chinesischen Produktion beschränken. Außerdem sollen vorerst 20 chinesische Techniker in Unternehmen des Bundeslandes ausgebildet werden.

In die Bundesrepublik kam Jia Shi, stellvertretender Minister für Außenhandel, der Gespräche mit der Bundesregierung und mit Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft führte. Mitte Dezember deutete der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, von Würzen, an, er habe bei Gesprächen mit dem chinesischen Gast den Eindruck gewonnen, daß in Kürze neue Großaufträge aus China auf die Wirtschaft der Bundesrepublik zukämen. Der deutsche Export in die Volksrepublik sei in den ersten zehn Monaten 1979 um 40% gestiegen, während die chinesischen Lieferungen um 28,3% zugenommen hätten.

Ende Januar 1980 tritt der bisherige Botschafter in Peking, Erwin Wickert, in den Ruhestand. Sein Nachfolger steht inzwischen fest: Es ist der derzeitige Botschafter in Jakarta, Günther Schödel, der wegen seiner Asienerfahrung vom Außenministerium ausgewählt wurde.

b) Wirtschaftliche Beziehungen. Nach einer Ana-

lyse der Commerzbank hat der deutsche Außenhandel in letzter Zeit mit keinem anderen Land relativ so schnell zugenommen wie mit der VR China. Im Jahre 1979 nähern sich die Lieferungen bereits der Schwelle von 3 Mrd. DM. Die Bundesrepublik ist damit nach Japan zweitwichtigster Lieferant der Volksrepublik. Bei verschiedenen Warengruppen wie Maschinen, chemischen Vorerzeugnissen, Stab- und Formeisen sowie Blech zählt China zu den größten Abnehmern von Exportprodukten der Bundesrepublik. Bei Stahlröhren stehe die Volksrepublik sogar mit Abstand an der Spitze.

Westdeutsche Banken haben in der Zwischenzeit den ersten DM-Export-Kredit an China ausgehandelt: Es handelt sich um einen Betrag von 370 Mio. DM an die Bank of China, mit dem ungefähr 85% eines 440-Mio.-Kontraktes der Mannesmann-Demag für die Lieferung nahtloser Stahlröhren finanziert werden soll. Dieser Kredit soll bis zu 95% von der Hermesversicherung gedeckt werden.

Das von einem deutschen Firmenkonsortium Mitte der siebziger Jahre errichtete Hüttenkombinat von Wuhan, das 1978 mit eineinhalbjähriger Verspätung fertiggestellt worden war, ist inzwischen ganz in chinesische Hand übergegangen. Die letzten deutschen Techniker haben das Werk verlassen. Die Schloemann-Siemag interessiert sich jetzt vor allem für einen Anschlußauftrag im Bereich des Stahlwerkes Baoshan bei Shanghai.

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2) Widersprüche im sino-sowjetischen Verhältnis: "Friedliche Koexistenz" zwischen "sozialistischen" Staaten?

Am 8. Dezember kehrte die chinesische Delegation unter Wang Youping von Moskau nach Peking zurück. Bereits am 30. November war die erste Runde der sowjetisch-chinesischen Normalisierungsverhandlungen zu Ende gegangen. Insgesamt hatte es 6 Plenarsitzungen gegeben. Wie bereits in früheren C.a.-Zusammenfassungen ausgeführt, wünschte die Sowjetunion, daß beide Staaten sich auf ein Dokument einigten, in dem die Grundsätze für künftige bilaterale Beziehungen niedergelegt sein sollten. Außerdem wünschte man sich sowjetischerseits konkrete Vereinba-

rungen über Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet.

Die Chinesen andererseits wollten sich nicht so sehr auf abstrakte Zukunftsperspektiven einlassen, sondern wünschten konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen, wie sie aus Peking Sicht gegenwärtig zwischen beiden Staaten vorliegen. Tanjug (30.11.79) will erfahren haben, daß Wang Youping verlangt habe, die Sowjetunion müsse ihre Truppen aus der Mongolei abziehen, ferner ihre Divisionen entlang der Grenze zu China verringern und ihre Hilfe für Vietnam in Indochina einstellen. Ein Le Monde-Korrespondent (Le Monde, 2.11.79) führt unter Berufung auf vertrauenswürdige Quellen an, daß China von Moskau verlangt habe, es müsse seine Truppenstärke auf das Niveau von 1964 reduzieren, wie sie zur Zeit Chruschtschows bestand. Die Sowjetunion habe sich zu diesem Vorschlag nicht gänzlich negativ verhalten, doch sei eine Einigung an der Frage gescheitert, wie die Äquivalente der sowjetischen und der chinesischen Truppen zu setzen seien.

Im Grunde genommen hatte man über die verschiedenen Positionen schon bei der Ankunft der Chinesen in Moskau am 23. September Bescheid gewußt. Die formellen Verhandlungen waren erst dreieinhalb Wochen später aufgenommen worden und hatten bis 30. November gedauert. Alles, was bei den 6 Vollversammlungen herauskam, war eine dürftige Prozedurvereinbarung über den weiteren Ablauf der Normalisierungsverhandlungen. Letztlich dürften die Verhandlungen am gegenseitigen Hegemonieverdacht gescheitert sein.

Am dritten Dezember stattete die chinesische Delegation dem sowjetischen Außenminister Gromyko eine Protokollvisite ab.

Während die Chinesen davon ausgingen, daß die Moskauer Gespräche keinen Fortschritt gebracht hätten, neigten sowjetische Kreise zu einer optimistischeren Einschätzung der Ergebnisse. Es bestünden Aussichten, daß im April 1980 eine gemeinsame Erklärung der Prinzipien über die Normalisierung der Beziehungen unterzeichnet werden könne. Vorher freilich müßten die Gespräche in Peking fortgesetzt werden. Die sowjetische Seite veröffentlichte im Dezember den Entwurf ihrer Deklaration über die Grundsätze der Beziehungen zur Volksrepublik China, wie er den Chinesen bereits bei den Verhandlungen unterbreitet worden war. In dem Entwurf wird für eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz plädiert.

Hier ergibt sich nun freilich ein gewisser Widerspruch zur gegenseitigen Einschätzung der beiden Regimes. Moskau betrachtet den Kurs der chinesischen KP offensichtlich nicht mehr als sozialistisch.

Dagegen verlautet gerüchteweise, daß die KPCh durchaus bereit sei, die KPdSU zum erstenmal

nach 17 Jahren wieder als eine Vertreterin des sozialistischen Kurses zu betrachten. Angeblich wurde der während des großen Ideologiedisputes von 1963/64 erhobene Revisionismusvorwurf fallengelassen. Die Akademie der Sozialwissenschaften unter Leitung von Hu Qiaomou habe bereits kurz vor Beginn der Moskauer Verhandlungen vorgeschlagen, den Begriff "Revisionismus" als "unwissenschaftlich" zu streichen. Die Sowjetunion sei nach außen zwar expansionistisch, nach innen hin aber sozialistisch (so unter Berufung auf die New York Times, FAZ, 13.11.79).

Würde China die Sowjetunion in der Tat wieder als sozialistisch betrachten, so müßte es ihr gegenüber - den etablierten Lehrsätzen nach - ein Verhältnis des "proletarischen Internationalismus" und nicht etwa nur der "friedlichen Koexistenz" entwickeln.

Gewisse Zweifel, ob der "Revisionismus"-Bericht der New York Times richtig ist, bleiben: China nähert sich zwar mit schnellen Schritten den Praktiken der Sowjetunion, zumindest wie sie z.Zt. Chruschtschows etabliert wurden (Anerkennung des Volksstaates und der Volkspartei, Hinwendung zum "Gulaschkommunismus", Wiederbetonung des Leistungsprinzips, Selbständigkeit der Betriebe, spürbare Anlehnung an das Libermann-Prinzip etc.), doch fragt man sich, warum eine solche ideologische Begrädigung gerade jetzt erfolgen soll, da China und die Sowjetunion in den verschiedensten Bereichen der Außenpolitik aufeinander prallen (Vietnam, Pakistan, Afghanistan) und da die gegenseitige Feindpropaganda ohnehin auf vollen Touren weiterläuft. Als Versöhnungsgeste kann eine solche Revisionismuskorrektur unter den gegebenen Umständen doch unmöglich gemeint sein! Außerdem müßten sich die chinesischen Ideologen der Unlogik bezichtigen lassen; Beziehungen im Geiste des "proletarischen Internationalismus", wie sie der Anerkennung des Partners als "sozialistisch" eigentlich auf dem Fuße folgen müßten, können in Peking doch unmöglich gewollt sein. Ist es ferner nicht auch unlogisch, wenn man einerseits einen Staat als "sozialistisch" qualifiziert, ihn gleichzeitig aber des "Expansionismus" beschuldigt? Expansionismus ist, der leninschen Interpretation zufolge, ja eine typische Emanation monopolkapitalistischer Verhältnisse. Wie kann ein "sozialistischer" Staat gleichzeitig "expansionistisch" - und damit doch letztlich "imperialistisch" - tätig sein!?

-we-

(3) Verstärkte sowjetische Militärpräsenz im und am Westpazifik

Die Sowjetunion verstärkt z.Zt., wie Radio Peking (3.12.79; SWB, 11.12.79) hervorhebt, ihre Land- und Seestreitkräfte in Fernost. Dort stehen inzwischen dreißig Armeedivisionen, über 2000 Flugzeuge und Backfire-Bomber. Die Sowjet-

union hat offensichtlich der sowjetischen Pazifikflotte in den letzten Jahren Priorität eingeräumt, da diese inzwischen auf 750 Schiffseinheiten angewachsen und durch den Flugzeugträger Minsk zusätzlich verstärkt worden sei. Die meisten Schiffe seien Angriffseinheiten. Ursprünglich die kleinste der vier sowjetischen Flotten, ist die Pazifikflotte nun zur zweitgrößten angewachsen und steht nur noch hinter der Nordflotte zurück.

Freilich seien die geographischen Bedingungen für die sowjetische Pazifikflotte nicht gerade ideal, da die Einheiten durch die drei Meeresstraßen von Soya, Tsugaru und Tsushima fahren müßten, die zu Japan gehören. Um diese Nachteile etwas auszugleichen, sei die Sowjetunion nun dazu übergegangen, Schiffsbasen in Korsakov auf der Sachalininsel sowie Basen auf der Kamtschatka-Halbinsel und den Kurilen auszubauen. Hierbei seien die vier Nordinseln interessant geworden, die die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges den Japanern abgenommen hatten. Die Sowjetunion habe diese vier Inseln nun durch eine straffe militärische Infrastruktur an Wladiwostok angebunden und auf diese Weise ein mächtiges Netzwerk an militärischen Basen im Westpazifik errichtet.

Wie XNA (26., 27.11.79) hinzufügt, sind inzwischen auch die Bodenstreitkräfte auf den drei, eigentlich zu Japan gehörenden Inseln Kunashiri, Etorofu und Shikotan verstärkt worden. Man habe vor allem beobachten können, wie Artillerie und Fahrzeuge dorthin verfrachtet worden seien. Auf Shikotan wurden Armeebaracken errichtet und zahllose Zelte aufgestellt. Die Truppenstärke auf den drei Inseln dürfte inzwischen bereits auf 10.000 Mann, also auf Divisionsstärke angewachsen sein. Das Hauptquartier liege vermutlich auf Etorofu.

Auch im südlichen Teil des Westpazifik verfolge die Sowjetunion eine systematische Basenpolitik für ihre Flotten und betreibe vor allem eine "Zwei-Ozean-Strategie", indem sie versuche, den Indik und den Pazifik durch Errichtung eines Netzwerkes von Basen militärisch besser in den Griff zu bekommen. Hervorragend für die Ausführung dieser Absicht eigneten sich die beiden vietnamesischen Häfen Cam Ranh und Danang, sowie der kambodschanische Hafen Kompong Som, der auf längere Sicht ebenfalls in eine Basis für die sowjetische Pazifikflotte verwandelt werden soll. Auf diese Weise trifft die Sowjetunion auch bereits Vorbereitungen, um im Ernstfall die Malakkastraße abzuschneiden und so Druck sowohl auf die ASEAN-Staaten als auch auf Japan auszuüben, dessen Lebensader zu den Ölfeldern in Nahost durch dieses Nadelöhr führt.

Die Amerikaner seien durch diese Politik bereits ins Hintertreffen geraten. Man versuche zwar, die 7. Flotte mit modernsten Mitteln aufzurüsten und verstärke auch die verschiedenen Militärbündnisse in der pazifischen Region, u.a. den ANZUS-Pakt, doch sei das Aufrüstungs-

tempo der Sowjetunion wesentlich schneller. Allerdings zeige der sowjetische Machtdrang auch bereits Rückwirkungen, insofern die Staaten in der pazifischen Region zunehmend mißtrauischer und damit verteidigungsbereiter würden.

In einem weiteren Bericht korrigiert Xinhua (XNA, 23.12.79) die obigen Zahlen ein wenig. Die Agentur beschuldigt die Sowjetunion, ihre Pazifikflotte auf 770 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 1,46 Mio. BRT erweitert zu haben. Im Jahre 1979 habe sich die Flotte um acht Schiffe mit 81.450 t vermehrt.

Die 7. US-Flotte unterhalte demgegenüber im pazifischen Bereich nur 53 Schiffe mit zusammen 600.000 t.

Der Sowjetunion gehe es um die Kontrolle der Seerouten zur Golfregion, im Indischen Ozean und im Südchinesischen Meer.

Schon im Oktober hatte Xinhua (XNA, 6.10.79) die Sowjets beschuldigt, im vietnamesischen Hafen von Cam Ranh Unterboote zu stationieren.

Flotten erforderten hohe Investitionen. Xinhua (XNA, 15.10.79) geht davon aus, daß die Sowjetunion die höchsten Militärausgaben in der Welt habe. Allein im Jahre 1977 hätten sich ihre entsprechenden Aufwendungen auf 140 Mrd. US\$ belaufen - dies sei ein Drittel aller im Jahre 1977 weltweit für Rüstungsgüter ausgegebenen Gelder. Die amerikanischen Ausgaben hätten sich demgegenüber nur auf 101 Mrd. US\$ belaufen. Beide Supermächte zusammen hätten damit über die Hälfte aller weltweiten Militärausgaben bestritten.

Die sowjetischen Militärausgaben seien zwischen 1973 und 1977 konstant um jährlich 3% angestiegen. Die Warschauer Pakt-Mitglieder gäben für militärische Zwecke jährlich 11,7% ihres BSP aus, während diese Zahl bei den Nato-Mitgliedern nur bei 4,5% liege.

-we-

(4) "Väterchen Stalin"

Zu Stalins hundertstem Geburtstag im Dezember 1979 besuchte ein Xinhua-Korrespondent Stalins Heimatdorf und erkundigte sich dort, wie die Leute über ihn dächten. Jedermann habe sich positiv über den 1953 gestorbenen Parteiführer geäußert. Natürlich habe Stalin Fehler begangen - er sei ja kein Gott gewesen (Parallele zu Mao?) aber die Liste seiner Erfolge überwiege bei weitem (XNA, 20.12.79).

Stalins Ruhm ist in China nie verblichen. Überall, wo es heute in China hoch offiziell zugeht, hängen sechs Bilder mit zwei Deutschen (Marx, Engels), zwei Chinesen (Mao, Hua) und zwei Russen (Lenin und Stalin!).

Zu Stalins hundertstem Geburtstag erscheint auch eine zweibändige Ausgabe seiner Werke, in denen hauptsächlich solche Schriften abgedruckt sind, die sich mit Aufbau- und Modernisierungsfragen befassen. Auch hier geht es also letztlich nicht nur um ein Lob Stalins, sondern auch um eine Rechtfertigung des derzeit laufenden Modernisierungskurses (XNA, 21.u.22.12.79).

-we-

(5) Europa: Truppenabzug aus der DDR und Nachrüstungsfrage

Am 5. Dezember begann die Sowjetunion mit dem Abzug von 20.000 Soldaten und 1000 Tanks aus der DDR. Da in der DDR immer noch 380.000 Soldaten und 6000 Tanks stationiert seien, müsse man diesen ganzen Akt als ein "Propagandamanöver" ansehen (XNA, 6.12.79).

Schon gleich am nächsten Tag habe der sowjetische Außenminister Gromyko die Nato-Länder vor "ernsten Konsequenzen" gewarnt, wenn sie ein Raketennachrüstungsprogramm beschließen. Die Adressaten dieser Warnung hätten sich jedoch zu Recht nicht einschüchtern lassen und sich auf die Verhandlungsvorschläge Gromykos zwar eingelassen, aber erst, nachdem sie auch ihrerseits den Nachrüstungsbeschluß gefaßt hätten (XNA, 7.12.79).

-we-

NORDAMERIKA

(6) Ein Jahr diplomatische Beziehungen zwischen Washington und Peking

China könne mit Genugtuung auf die Entwicklung seit dem 1. Januar 1979 zurückblicken (XNA, 29.12.79): Es sei zu häufigen amerikanisch-chinesischen gegenseitigen Besuchen auf allen Ebenen gekommen. Beide Staaten hätten inzwischen 15 bilaterale Abkommen geschlossen, darunter über Handel, Kultur, Wissenschaft und Technologie, über beschlagnahmte Vermögenswerte und über Konsularbeziehungen. Chinesische Generalkonsulate seien in Houston und San Francisco, ein amerikanisches Generalkonsulat in Guangzhou eröffnet worden. Das gesamte Handelsvolumen habe sich auf zwei Mrd. US\$ belaufen, was einer Verdoppelung gegenüber 1968 entspreche. Zwei bedeutsame Besuche seien zu verzeichnen: Deng Xiaoping war in den USA und Vizepräsident Mondale in der Volksrepublik. Auch sonst hätten Senatoren und Minister Besuche abgestattet. Ferner sei es zu Provinz-Provinz-Kontakten gekommen sowie zur Gründung von Patengemeinschaften. Zahlreich sei der Besuchsaustausch auf wissenschaftlichem, kulturellem und sportlichem Gebiet gewesen. Amerikanische Firmen hielten nach neuen Ölfunden in

Südchina und im Gelben Meer Ausschau. Bald werde es zur Errichtung eines Außenhandelszentrums mit US-Kooperation kommen. 40.000 amerikanische Touristen hätten China besucht; das sind dreimal so viel wie 1978.

Gleichwohl gebe es nach wie vor einige kleine Schatten: Beide Staaten wiesen verschiedene soziale und politische Systeme auf. Der US-Kongreß habe den "Taiwan Relations Act" angenommen, und immer noch gebe es in den USA Vertreter, die dem "Zwei-China-Konzept" anhängen. Dies widerspreche den Prinzipien, wie sie im gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen niedergelegt worden seien. Auch habe die amerikanische Seite noch nicht die Handelschranken und Zollhindernisse gegenüber China niedergelegt. Doch sei die Einräumung der Meistbegünstigung für China wohl in Kürze zu erwarten. Schließlich stünden noch Abkommen über den Flugverkehr, den Seetransport und über Konsularangelegenheiten ins Haus.

Zum Jahresende hatte es sich Xinhua (XNA, 28.12.79) wieder nicht nehmen lassen, über den permanenten Niedergang des amerikanischen Wirtschaftssystems ausführlich und unter Heranziehung konkreter Inflations- und Arbeitslosigkeitszahlen zu berichten.

Mitte Dezember erließ die Carter-Administration Vorschriften, die den Bewegungskreis der chinesischen Diplomaten und Journalisten in Washington auf 25 Meilen außerhalb der Botschaft einschränken.

Die Restriktionen, die noch strenger sind als die gegen Sowjetdiplomaten verhängten Einschränkungen, waren auf Antrag des FBI verhängt worden, der eine strengere Überwachung der Chinesen verlangte. Wie es jedoch in Washington inoffiziell heißt, hat das State Departement hier lediglich eine Retorsionsmaßnahme ergriffen, die als Antwort auf die amerikanischen Diplomaten in Peking auferlegten Beschränkungen gedacht war. "The honeymoon is over" und der graue Alltag hat begonnen: Die Amerikaner dürfen in Peking nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Außenministeriums weiter als zwölf Meilen weg vom Zentrum Pekings reisen. Manchmal müssen die Antragsteller über einen Monat warten, ehe sie die beantragte Reiseerlaubnis bekommen. Ganze Provinzen, vor allem das gegenüber Taiwan liegende Fujian, sind für Besucher streng tabu. Unter diesen Bedingungen teilte das amerikanische State Departement der chinesischen Botschaft in Washington am 29. November die neuen Reisebeschränkungen für chinesische Diplomaten und Journalisten mit. Vom 1. Januar 1980 an müssen die Chinesen, wenn sie Washington verlassen wollen, ein oder zwei Tage im voraus eine Genehmigung einholen. Ähnliche Bestimmungen gelten für die chinesischen Generalkonsulate in Houston und San Francisco.

Ein positiver Punkt ist demgegenüber der in China viel beachtete Besuch des früheren Box-

weltmeisters Muhammed Ali. Nach dem Fußballkönig Pelé und dem Tennisstar Björn Borg haben die Chinesen nun eine dritten westlichen Sportstar entdeckt. Muhammed Ali war dabei, als der vor 23 Jahren als "bürgerlich" verdamnte Boxsport in China wiederbelebt wurde. U.a. soll er die chinesische Boxriege für die Sommerspiele 1984 mit ausbilden helfen. Muhammed Ali gab Tausende von Autogrammen und wurde schließlich noch von Deng Xiaoping mit einem Bankett geehrt. Nicht ohne eine Spur von Mitgefühl berichtete die chinesische Presse (PRu, 79/48/30) über den Angriff auf die US-Botschaft in Islamabad am 21. November, bei dem mehrere Tausend Menschen die US-Botschaft in Brand steckten. Der pakistanische Präsident Zia ul-Haq habe sein Bedauern zum Ausdruck gebracht und eine Untersuchungskommission eingesetzt, die prüfen soll, ob nicht irgendwelche Hintermänner den Vorfall verursacht hätten. Dieser ganze Zwischenfall war umso irrationaler, als die USA und China die besten Garanten für ein Weiterbestehen der Souveränität Pakistans im Angesicht der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der sowjetischen Subversionsversuche in Belutschistan sind.

-we-

(7) Peking steht in der Frage der Geiselnahme im Iran auf Seiten Washingtons

Kein anderes chinesisch-"westliches" Thema wurde im Berichtszeitraum so häufig besprochen wie die Geiselnahme in Teheran. Die chinesische Nachrichtengebung verhielt sich hierbei pro-amerikanisch, zeigte sich allerdings zurückhaltend in den Formulierungen: Die USA erwarteten, daß die internationale Gemeinschaft Schritt für Schritt auf den Iran ökonomischen Druck ausübe (XNA, 1.12.); die USA suchten einen besseren militärischen Zugang zur Golfregion (XNA, 9.12.); die USA warnten den Iran vor einem Prozeß gegen die Geiseln (XNA, 9.12.); der internationale Gerichtshof überprüfe die Geiselnfrage (XNA, 12.12.79); die USA faßten keine militärischen Aktionen gegen den Iran ins Auge (XNA, 13.12.); die USA hätten die iranische Botschaft in Washington aufgefordert, ihren Stab zu reduzieren (XNA, 13.12.); der internationale Gerichtshof fordere die Freigabe der Geiseln (XNA, 16.12.); Präsident Carter hoffe auf die Freilassung der Geiseln von dem Augenblick an, da der Schah die USA verlassen habe (XNA, 18.12.); der Schah sei in Richtung Panama abgereist (XNA, 16.12.); die amerikanischen Geiseln würden von Khomeini als Spione verdächtigt (XNA, 19.12.79); der italienische Präsident Pertini und der Papst verlangten die Freilassung der Geiseln (XNA, 21.u.23.12.); die USA wollten den Sicherheitsrat auffordern, gegen den Iran wirtschaftliche Maßnahmen zu verhängen (XNA, 21.12.); Mitglieder des iranischen islamischen Gerichtshofs wünschten die Freilassung der US-Geiseln (XNA, 22.12.); Khomeini bestehe auf einem Prozeß gegen die amerikanischen Geiseln (XNA, 27.12.79).

Außerdem bringt Xinhua (13.u.15.12.79) Berichte über die Auseinandersetzungen zwischen Ayatollah Khomeini und dessen Gegner, dem Ayatollah Shariat Madari und über die Unruhen in der nordwestlichen Grenzprovinz Aserbeidschan.

Sehr indirekt, aber zwischen den Zeilen kritisch, nimmt ein weiterer Kommentar (PERu, 1979, Nr.50, S. 29) zu der neuen Verfassung des Iran Stellung. Berichtet wird vom Aufruf verschiedener Parteien und Organisationen zum Boykott des Referendums, das am 2. und 3. Dezember 79 stattfand. In Aserbeidschan, Kurdistan, Sistan und Belutschistan hätten Demonstrationen gegen das Referendum stattgefunden. Der Iran solle eine islamische Republik, geführt von religiösen Gelehrten werden. Der oberste Führer ernenne nicht nur die Politiker, sondern sei zugleich Oberkommandierender der Streitkräfte. Die Nationalversammlung unterstehe der Kontrolle eines "Rates zum Schutz der Verfassung", der ebenfalls aus Geistlichen zusammengesetzt ist. Überhaupt sei der ganze Verfassungsentwurf äußerst umstritten, vor allem habe Shariat Madari den Art. 110, der die oberste Macht des Religionsführers festlegt, als mit dem Gedanken der "Volkssouveränität" nicht für vereinbar erklärt.

-we-

LATEINAMERIKA

(8) Ein Hoffnungsschimmer: Lateinamerikas Regierungen werden ziviler und müssen mehr politische Freiheiten zulassen

In einem Überblick über die siebziger Jahre stellt Xinhua (XNA, 20.12.79) eine "Zivilisierung" der lateinamerikanischen Regierungen fest, die von der Tradition her immer schon recht militärisch ausgerichtet waren:

Nach sieben Jahren Militärherrschaft beispielsweise hätten in Ecuador im April 1979 Wahlen stattgefunden.

Dasselbe sei in Bolivien der Fall gewesen (Juli 1979), wo es seit 1964 keine Zivilregierung mehr gegeben habe.

Peru werde im Mai 1980 Wahlen für eine Regierung abhalten, die das gegenwärtige Militärregime ersetze.

Auch in Brasilien zeige sich mehr Offenheit: Im Juli habe die Regierung eine Amnestie erlassen.

In El Salvador sei die Militärregierung gestürzt und durch eine Zivilregierung ersetzt worden. Freie Wahlen allerdings müßten erst noch stattfinden.

Im Oktober 1979 machte die Militärregierung in Panama den Weg für eine Zivilregierung frei.

Selbst die Militärregimes in Argentinien und Uruguay hätten in der Zwischenzeit mehr Zivilisten aufgenommen und einen allmählichen Übergang zu einer konstitutionellen Regierung versprochen.

Die Militärregimes hätten allerdings nicht nur Nachteile gehabt, sondern hätten - und hierfür sei vor allem Peru ein Vorbild - für nationale Unabhängigkeit und nationale Rechte gekämpft, u.a. für die Ausdehnung der Territorialgewässer auf 200 Seemeilen sowie für die Verstaatlichung ausländischen Monopolkapitals im Bereich der Öl-, Bergwerks- und Fischereiindustrie.

Der Grund für diese positive Entwicklung bestehe einmal darin, daß die Wirtschaftspolitik der Militärs nicht besonders erfolgreich gewesen sei, daß es ferner Massenbewegungen für die Wahrung der demokratischen und Lebensrechte gegeben habe, daß die traditionellen politischen Parteien, die jahrelang verboten waren, wieder ein Betätigungsrecht erhalten hätten und daß die vom US-Präsidenten Carter eingeleitete Bewegung zur Wiederherstellung der "Menschenrechte" nicht ohne Erfolg haben bleiben können.

Es ist auffällig, daß in dieser positiven Liste Nicaragua, das noch vor wenigen Monaten so hochgelobt worden war, nicht erwähnt ist. Offensichtlich hat die zunehmend prokubanische und damit letztlich prosovjetsche Haltung der dortigen neuen Regierung die Chinesen nachdenklich gemacht. Darauf deutet u.a. ein Xinhua-Artikel vom 1.1.80 hin, der auf den Kampf der beiden Großmächte um Einflusssphären in dieser Gegend hinweist und gleichzeitig darauf aufmerksam macht, daß sich in der Balance der militärischen Kräfte die Waagschale langsam zugunsten der Sowjetunion neige. 1962 habe Washington die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba vereiteln können. Inzwischen sei die militärische Präsenz Moskaus in der westlichen Hemisphäre ein *Fait accompli*. Die große Änderung, die sich 1979 in der Region vollzogen habe, sei ferner die Haltung Kubas: Während dieses Land noch in den vorangegangenen Jahren Söldnerdienste für Moskau in Afrika geleistet hätte, habe es nunmehr vom Kreml Befehl erhalten, seine Speerspitze direkt gegen Lateinamerika zu richten. Dieser Befehl habe in einigen Ländern der Karibik bereits Wirkungen gezeigt.

-we-

(9) Weiterer diplomatischer Durchbruch in Lateinamerika: Ecuador

Lateinamerika ist derjenige Kontinent, in dem sich Taiwan diplomatisch noch am längsten halten können. Seit 1970 allerdings hat sich ein Wandel angebahnt: Zwölf Staaten sind bereits zu Peking übergeschwenkt, nämlich Chile (1970),

Peru (1971), Mexiko, Argentinien, Guayana und Jamaika (1972), Trinidad und Tobago, Venezuela und Brasilien (1974), Surinam (1976) und Barbados (1977) und San Vincente (1979).

Ecuador ist der nunmehr dreizehnte Staat, mit dem die VR China offizielle Beziehungen aufnehmen konnte. Am 24. Dezember 1979 kam es zur Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués am UN-Sitz in New York, in dem festgelegt wurde, daß die Beziehungen vom 2. Januar 1980 an als offiziell aufgenommen gelten sollten. Die Regierung in Peking wird als die einzige legale Regierung Chinas anerkannt. Taiwan sei ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Gebietes. Die VR China erkenne das Recht Ecuadors auf eine 200-Seemeilen-Zone an. Die beiderseitigen Beziehungen sollen auf den Beziehungen der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen (XNA, 27.12.79). In einem RMRB-Artikel vom 27.12.79 heißt es, daß die Beziehungen Chinas mit den Ländern Lateinamerikas in den sechziger Jahren mager gewesen seien, daß sich das Verhältnis aber dann in den siebziger Jahren zunehmend verbessert habe. Die achtziger Jahre mögen diese Entwicklung noch beschleunigen. In einem Bericht gibt Xinhua (XNA, 28.12.79) einen günstigen Bericht über die Entwicklung der Wirtschaft Ecuadors. Nur die gegenwärtige Inflation sei ein kleiner Makel.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(10) Regier austausch mit den Regierungen am Horn von Afrika

Kurz hintereinander besuchten der erste stellvertretende Präsident des Sudan und der Präsident des erst 1977 aus französischer Kolonialherrschaft entlassenen Djibouti die VR China. Der Sudan, der, ebenso wie Ägypten, lange Jahre mit der Sowjetunion eng verbunden gewesen war, dann aber die sowjetischen Helfer wegen subversiver Tätigkeit aus dem Lande gewiesen hatte, genießt seitdem höchste Sympathie bei den Chinesen. Entsprechend war der Empfang für den Besucher, General Abdel Magid Hamid Khalil, der zugleich auch den Posten eines Verteidigungsministers und des Oberkommandierenden der Streitkräfte des Sudan bekleidet (XNA, 4.12.79). Der Gast wurde auch von Hua Guofeng empfangen (XNA, 4.12.79) und war Gast bei zahlreichen militärischen Stellen. Am 3. Dezember wurde ein Abkommen unterzeichnet, durch das China dem Sudan eine der Höhe nach nicht benannte Summe als Kredit überläßt (XNA, 4.12.79). In Shanghai nahm der Gast eine Flottenparade ab (XNA, 8.12.79).

Bei einem Besuch des Präsidenten von Djibouti, Hadji Hassan Gouled Aptidon, hob die RMRB (8.12.79) den strategischen Stellenwert Djiboutis hervor: Die Republik liege am Golf von Aden und am südlichen Ende des Roten Meeres und spiele damit eine wichtige Rolle im Bereich der Öltransportwege vom Persischen Golf (es ist

nicht vom Arabischen Golf die Rede!) nach Westeuropa, den USA und Japan. Mit direkten anti-sowjetischen Äußerungen allerdings waren beide Seiten, wie die zahlreichen Xinhua-Berichte ausweisen, zurückhaltend. Der djiboutische Gast wurde ebenso wie der sudanesischer von Hua Guofeng und Li Xiannian empfangen. Man unterzeichnete ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (XNA, 12.12.79).

Schließlich konnte Xinhua (XNA, 27.12.79) noch mit Genugtuung melden, daß der dritte verbündete Staat am Horn von Afrika, Somalia, soeben den Vereinigten Staaten den Hafen von Berbera als Basis angeboten habe. Auch der Flughafen von Berbera könne für Militärtransporte, Kampfflugzeuge, Tankflugzeuge und sogar für B52-Bomber nützlich sein. Auf den Docks von Berbera könnten Schiffe repariert werden. Die USA könnten von dort aus in den Bereich des Roten Meeres, in die Arabische See, in die Golfregion und den Indischen Ozean hinein operieren. Die Berbera-Basis war im Jahre 1975 von den Sowjets ausgebaut, ihnen jedoch im Jahre 1977 von den Somalis wieder weggenommen worden.

-we-

(11) Ablehnung des südafrikanischen "Sternbild"-Plans

Die südafrikanische Regierung trägt sich mit dem Plan zur Bildung eines im Herrschaftsgebiet des Staates liegenden Wirtschafts- und Militärbündnisses der verschiedenen Territorien. Pretoria wünsche die Unterzeichnung eines "Nichtangriffspaktes" durch einen "kooperierenden" Block der südafrikanischen Länder. Xinhua (XNA, 16.12.79) nimmt dazu kritisch Stellung: Nachdem es den südafrikanischen Behörden mißlungen sei, eine "Pufferzone" an der nördlichen Grenze gegen den "Befreiungskampf der Völker von Zimbabwe und Namibia" zu errichten, hätten sie das Konzept der Pufferzone durch den neuen Sternbild-Plan ersetzt. Das strategische Ziel sei jedoch dasselbe geblieben: "Um das wacklige Rassistenregime auf den Beinen zu halten, möchte Pretoria ein Militär- und Wirtschaftsbündnis aus rassistischen Kräften unter seiner Führung bilden. Durch die Einbeziehung der afrikanischen Nachbarländer versucht es ferner, sie wirtschaftlich unter Kontrolle zu bringen und auszuplündern." Zu Recht hätten denn auch sofort die Staaten Tansania, Sambia, Mozambique, Botswana und Angola den Plan bekämpft.

-we-

ASIEN

(12) Ohira in China: Der Wirtschaftsriese Japan rückt dem politischen Riesen China noch näher

Vom 5. bis 9. Dezember stattete der japanische Ministerpräsident Masayoshi Ohirader VR China

einen Besuch ab, in dessen Verlauf er mit den Spitzen der chinesischen Politik zahlreiche Diskussionen hatte.

a) Ergebnisse der politischen Gespräche:

Einer der Höhepunkte war die Ansprache Ohiras vor der Politischen Konsultativkonferenz mit über tausend Zuhörern. Die beiderseitigen Beziehungen sollten sich auf der Grundlage der Japanisch-Chinesischen Gemeinsamen Erklärung von 1972 und des Japanisch-Chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrages von 1978 weiterentwickeln. Eine militärische Zusammenarbeit komme allerdings nicht in Betracht. Weiterhin sollen auch die Kontakte auf allen Ebenen vertieft werden. U.a. solle es zu einem jährlichen Treffen hochrangiger Vertreter der beiden Außenministerien kommen.

Differenzen gab es vor allem in drei Punkten:

- In der Vietnamfrage: Japan mißbilligt die militärische Intervention Chinas in Vietnam. Tokio sei gegen jede Anwendung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten. Peking seinerseits kritisierte die japanische Wirtschaftshilfe für Vietnam. Doch Tokio läßt an der Erfüllung seiner schon vor längerer Zeit gemachten Zusage nicht rütteln.

- In der Koreafrage unterstützt China den Wunsch Pyongyangs nach einer friedlichen Wiedervereinigung. Japan, das zu Seoul gute Kontakte unterhält, forderte Peking auf, sich in Nordkorea für Zurückhaltung und insbesondere dafür einzusetzen, daß Unruhen in Südkorea nicht für Übergriffe ausgenutzt werden. Nach wie vor ist Korea ja - obwohl dies nicht offen ausgesprochen wird - das wichtigste Sicherheitsglacis für Japan.

- Differenzen gibt es auch in der Haltung gegenüber der Sowjetunion. Japan hat hier zwar durch Abschluß des Freundschaftsvertrages mit China, in dem auch eine Antihegemonieklausel enthalten ist, chinesische Farbe gezeigt, doch will es diese unilaterale Politik nicht ewig beibehalten, sondern hält sich Optionen für eine Wiederannäherung an die Sowjetunion im Interesse der Rohstoffversorgung aus Sibirien offen.

b) Wirtschaftliche Ergebnisse

Der Hauptakzent aller Gespräche lag auf wirtschaftlichem Gebiet.

Kredite: Schon im Dezember hatte Gu Mu, einer der führenden Wirtschaftsplaner der Volksrepublik, in Tokio riesige Kreditvorstellungen der Chinesen unterbreitet: Acht Infrastrukturprojekte müßten mit einem Gesamtaufwand von 5,5 Mrd. US\$ finanziert werden. Japan möge hierfür Soft Loans zur Verfügung stellen, und zwar aus

dem Overseas Economic Cooperation Fonds, also aus einem Topf, der mit Entwicklungshilfegeldern der japanischen Regierung gefüllt ist. Schon damals hatte man allerdings in Japan gewisse Bedenken, da man es sich nicht leisten könne, China allen anderen Entwicklungsländern in so eindeutiger Weise vorzuziehen.

Ohiras Gastgeschenk war diesmal die japanische Anerkennung Chinas als Entwicklungsland. Noch vor dem Reiseantritt war gerüchteweise von japanischen Krediten an China in Höhe von 1,5 Mrd.\$ die Rede. Um jedoch weder die Sowjetunion noch die ASEAN-Länder vor den Kopf zu stoßen, soll diese Summe nicht auf einen Schlag ausgezahlt, sondern in Jahresraten gewährt werden. So kam es diesmal nur zur Vereinbarung einer ersten Tranche in Höhe von 50 Mrd. Yen für das Haushaltsjahr 1979 (also rund 200 Mio.\$). Der Kredit soll mit nur 3% verzinst werden und eine Laufzeit von 30 Jahren haben. Weitere Jahresraten in vergleichbarer Größenordnung sollen dann ab 1981 jährlich zugesagt werden. Letztlich dürfte man dann doch auf die Ausgangssumme von 1,5 Mrd.\$ kommen. Offiziell sind diese Regierungskredite zwar ungebunden, doch sind sie offensichtlich in Zusammenhang zu bringen mit der Finanzierung von sechs Großprojekten, die im Rahmen des chinesischen Modernisierungsprogramms erstellt werden sollen, nämlich für

den Bau des Hafens Shijiusuo -
den Bau der Eisenbahnlinie Yanzhou-Shijiusuo -
den Ausbau der Bahnlinie Peking-Qinhuangdao -
den Ausbau der Bahnlinie Kanton-Hengyang -
den Ausbau des Hafens Qinhuangdao - und
den Bau des Wuqiangxi-Wasserkraftwerkes.

Japan gewährt m.a.W. den Chinesen das, was es den Sowjets vor fünf Jahren bei der Erschließung der sibirischen Bodenschätze im wesentlichen verweigert hatte, als es zwar Technologie, aber keine Kapitalhilfe im großen Stile zur Verfügung stellte.

Ohira suchte die ASEAN- und die westlichen Industrieländer zu beschwichtigen, indem er darauf hinwies, daß Japan die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China keineswegs monopolisieren wolle, und daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht exklusiver Natur seien. Trotzdem ist festzuhalten: Der in Aussicht gestellte Kredit ist der höchste, den Japan jemals einem einzelnen Lande hat zukommen lassen. Theoretisch sind die gewährten Kredite zwar ungebunden, so daß sich auch nichtjapanische Firmen bei der Ausschreibung bewerben können. Man darf jedoch davon ausgehen, daß die Japaner die Aufträge im wesentlichen monopolisieren und anderen Konkurrenten nur eine "Gesichts"-Marge überlassen wird.

Noch zwei weitere Abkommen wurden von Ohira unterzeichnet, nämlich ein Abkommen über die gemeinsame Suche, Förderung und anschließende Nutzung von Erdöl und Erdgas im Bohai-Meer. Der Vertrag zwischen der Japanese National Oil Corporation und der Chinesischen Gesell-

schaft für Erdölprospektion und Erdölförderung sieht japanische Startinvestitionen in Höhe von 210 Mio.\$ vor. Dem soll sich ein Investitionsaufwand von insgesamt 1 Mrd. US\$ anschließen, in den sich Japan und China zu je 50% teilen. Die japanischen Investitionen sollen sodann mit einem Teil der geförderten Rohölmenge bezahlt werden. Der Prospektionsbereich erstreckt sich auf 25 qkm. Die zweite Übereinkunft betrifft den Kulturaustausch, der bisher etwas zu kurz gekommen war.

Schließlich einigte man sich noch darauf, daß Ministerpräsident Hua Guofeng im Mai 1980 Japan besuchen wird. Schon in der Zwischenzeit werden weitere chinesische Delegationen die Möglichkeit haben, das Modell Japan zu studieren.

Mit einem Besuch Xi'ans, einer der früheren Hauptstädte Chinas, wo vor kurzem 1000 Tonkrieger und -pferde aus der Qin-Dynastie (221 bis 207) ausgegraben wurden, erfuhr der so stark wirtschaftlich orientierte Besuch Ohiras noch eine historische Abrundung.

-we-

(13) Laos: Chinesischer Besuch im Flüchtlingslager; Senfgas? Chinesische Subversion? Flucht, Währungsreform und Versorgungsschwierigkeiten

a) Anfang Dezember besuchte eine Xinhua-Delegation (XNA, 10.12.79) drei Lager für laotische Flüchtlinge in Nordostthailand: Seit 1975 seien 200.000 Laoten über den Mekong nach Thailand geflohen, 100.000 von ihnen lebten in drei Lagern. Die Flüchtlinge hätten sich darüber beklagt, daß überall in den Militär-, Regierungs- und Wirtschaftsorganisationen, ja sogar in den kleinsten Dörfern und selbst auf Kompanieebene vietnamesische "Berater" tätig seien - dies alles im Namen der "Hilfe für Laos beim Aufbau" oder aber zur "Sicherung der Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern". Laos, die "neue Kolonie der vietnamesischen Behörden", werde als Basis für den militärischen Einfall nach Kampuchea benutzt. Die Vietnamesen entwendeten auch das UNO-Unterstützungsgetreide für die laotische Bevölkerung. Viele Intellektuelle verlassen deshalb das Land, weil sie sich durch vietnamesische Berater verdrängt fühlen, deren Befehlen sie zu gehorchen haben. Zahlreiche Jugendliche flüchten nach Thailand, um sich dem Dienst in der Armee zu entziehen. Jugendliche müßten z.T. heute schon mit 13 Jahren in die Armee eintreten.

b) Einsatz von Kampfgas?

Laotische Flüchtlinge berichteten einer Xinhua-Journalistendelegation, die vietnamesischen Truppen gingen in den Gebirgsgebieten gegen dortige Minderheiten mit giftigen Chemikalien vor, die von Flugzeugen abgeworfen würden (XNA, 10.12.79). Denselben Vorwurf erhob der amerikanische Militärarzt Charles Lewis in der International Herald Tribune wörtlich: "Es

liegen Beweise vor, daß Giftgas jetzt zum Arsenal der südostasiatischen Kommunisten gehört. Senfgas und ein weiteres Gas, entweder das Lungenzerstörende Phosgen oder Chlor, und, nach einigen Berichten, ein Nervengas haben unter den Meos (laotisch: Hmung) Schrecken verbreitet. Ich bin darüber informiert, daß ein 7-Mann-Team sowjetischer Experten für chemische Kriegsführung die laotischen Städte Pakse und Seno besucht hat, um dort Lagerhäuser mit demselben Typ chemischer Explosivstoffe zu inspizieren, wie er letztes Jahr zur Unterdrückung der antikommunistischen Stammesangehörigen verwendet wurde. Die Regimes in Vietnam und Laos, die von der Sowjetunion unterstützt werden, benötigen eine Terrorwaffe, während die Russen gleichzeitig eine Möglichkeit sehen, ihr chemisches Arsenal zu erproben, ohne es selber zu benutzen. ...Giftgas ist die Atombombe der armen Staaten." Vom Einsatz des "gelben Regens" erfuhren auch drei US-Senatoren sowie die frühere Protestsängerin Joan Baez, die Teile von Kampuchea bereist hatte (BRu, 79/46/29).

c) Subversion von seiten der VR China?

Der laotische Informationsminister beschuldigte gegenüber einem AFP-Korrespondenten (7.12.79 in SWB, 11.12.79) die Chinesen, sieben Divisionen entlang der laotischen Grenze aufgebaut zu haben. Sicherlich: Man fürchte keine direkte Invasion, wohl aber eine langfristige Subversion, die sich nicht nur gegen Vietnam, sondern auch gegen Laos richte. Im goldenen Dreieck zwischen China, Birma, Thailand und Laos befänden sich 10.000 Laoten, die von 500 Militärberatern ausgebildet würden. Einige dieser Rebellen unterstützten den früher im Dienst des amerikanischen CIA tätigen Meo-General Vang Pao, andere seien für Kong Le, jenen Fallschirmbristen, der 1960 als Neutralist Vientiane besetzte und der jetzt im Exil in Paris lebt. Ferner gebe es noch Aufständische der birmanischen KP und der pro-chinesischen laotischen KP sowie Guomintang-Veteranen. Wörtlich fuhr der Informationsminister fort: "Wir wissen zwar nicht genau, was die Chinesen im Schilde führen. Wir wissen aber, daß eines ihrer Ziele darin besteht, eine sogenannte befreite Zone zu schaffen, von der aus sie weitere Angriffe starten können." Das Zentrum der chinesischen Aktivitäten gegen die indochinesischen Länder sei die chinesische Botschaft in Bangkok, die mit der immer noch bestehenden chinesischen Botschaft in Vientiane eng zusammenarbeitet.

Besonderen Erfolg scheinen die Chinesen bei den Meos zu haben, unter denen es sich - sei es mit oder ohne chinesisches Zutun - offensichtlich herumgesprochen hat, daß die Vietnamesen sämtliche Meos massakrieren wollten und daß sie sich deshalb am besten unter chinesischem Schutz stellen (AFP in SWB, 15.12.79). Die Meos, die nach China und nach Thailand geflohen sind, bieten sich in der Tat als Potential für die Guerillausbildung durch China an (vergl. auch FEER, 28.12.79, S. 21 f.).

China betreibt offensichtlich eine Doppelstra-

ategie: Auf der einen Seite unterstützt es Aufständische gegen Laos, auf der anderen Seite führt es formell höfliche Staat-Staat-Beziehungen weiter, behält seine Botschaft in Vientiane bei und hat am 1. Dezember den Laoten zum 4. Gründungstag der laotischen Volksrepublik auch freundliche Glückwünsche übersandt (SWB, 3.12.79). Allerdings verließ der chinesische Botschafter Xu Huang das offizielle Jubiläumsbankett in Vientiane, als sein Land von den anwesenden laotischen Repräsentanten offen angegriffen wurde (SWB, 8.12.79).

d) Flucht prominenter laotischer Parteijournalisten nach Thailand und China: Sisanan Saignanouvong, Herausgeber der täglich erscheinenden Parteizeitung Sieng Pasason und Chef der offiziellen laotischen Nachrichtenagentur KPL (Khaosan Pathet Lao) floh zusammen mit 88 anderen Parteijournalisten und Funktionären der laotischen KP Anfang Dezember über den Mekong nach Thailand. Sisanan hatte wahrscheinlich chinesische Eltern und verbrachte auch mehrere Jahre in China, wo er für den laotischen Dienst von Radio Peking arbeitete (FEER, 14.12.79, S.23). Die Flucht der Hundertschaft ist ein Symptom für die Gespaltenheit der laotischen Intellektuellen, von denen die meisten eher China als Vietnam zugeneigt sind. Einer von ihnen soll geäußert haben: "Wenn wir schon nicht umhin können, von einem ausländischen Staat beherrscht zu werden, dann lieber von China als von Vietnam. Die Vietnamesen verachten unsere Sitten und unsere Lebensart. Bei Partys stehen sie isoliert in ihrer Ecke, vorschriftsmäßig mit Anzug und Schlips, steif wie Ladestöcke. Sie reagieren hochnäsiger, wenn wir lachen und singen".

e) Währungsreform: Am 10. Dezember gab die laotische Regierung kurzfristig bekannt, daß innerhalb von sechs Stunden die alten Kip-Noten gegen neue (im Verhältnis 100:1) ausgetauscht werden müßten, da die alte Währung dann als verfallen gelte. Durch diese Maßnahme verfallen vermutlich die gesamten Bargeldbestände der ins Ausland geflohenen Laoten. Schwer angeschlagen wurde auch der "kleine Grenzhandel" zwischen Laos und Thailand. Für zahlreiche thailändische Händler bedeutete die Maßnahme den Bankrott. Sollten die thailändischen Importe (hauptsächlich Kondensmilch, Reis, Bier, Toilettenartikel, Waschmittel, Papier, Textilien, Haushaltsartikel, Werkzeuge etc.) eingeschränkt werden? Die thailändischen Exporte nach Laos hatten von Januar bis Juli bereits einen Wert von 369 Mio. Baht (ungefähr 31 Mio. DM), die laotischen Ausfuhren dagegen nur 30 Mio. Baht betragen (XNA, 16.12.79).

f) Versorgungsschwierigkeiten: Die Reisernte in Laos lag 1979 bei 800.000 t. Infolge "lokaler klimatischer Schwierigkeiten" und "gewisser Fehler bei der Kollektivierung" (so die Sprachregelung des laotischen Informationsministeriums) müßten noch 100.000 t zusätzlich eingeführt werden. In manchen Provinzen in Nordlaos soll Hungersnot herrschen. U.a. wird den viet-

namesischen Besitzern der Abtransport von Reis vorgeworfen.

-we-

(14) London zieht seine Anerkennung für das Pol-Pot-Regime zurück: Chinesischer Kommentar

Am 7. Dezember machte London seine Anerkennung für die Regierung des "Demokratischen Kampuchea" rückgängig. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß man aber auch nicht daran denke, das Heng-Samrin-Regime anzuerkennen, das nur die Anwesenheit der Okkupationstruppen rechtfertigen helfe. Dieser Schritt hing offensichtlich mit neuen Erkenntnissen über Greuelthaten der Pot-Pot-Bewegung zusammen.

Am 7. Dezember druckte Peking den Protest des Außenministeriums der D.K.-Regierung nach: Man hoffe, daß sich die britische Regierung noch an den Beschluß der 34. UN-Vollversammlung vom 14. November 1979 erinnere, demzufolge die vietnamesischen Expansionisten aufgefordert wurden, Kampuchea zu verlassen (XNA, 8.12.79).

Möglicherweise war der britische Schritt ein entscheidender Anlaß für die Umbildung der D.K.-Regierung Ende Dezember: Wie der kambodschanische Botschafter in Peking am 27. Dezember bekanntgab, beschloß eine "Vereinte Konferenz der Vertreter des ständigen Ausschusses des Volkskongresses von Kampuchea" in der Zeit zwischen dem 15. und 17. Dezember, die Regierung umzubilden. Die Konferenz wählte Khieu Samphan zum Premierminister und zugleich zum einstweiligen Vorsitzenden der "Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Vereinigung von Kampuchea", also der Vereinten Front, wie sie von den Pol-Pot-Kräften vorgeschlagen, aber u.a. von Sihanouk abgelehnt wurde. Ieng Sary soll stellvertretender Premier und Außenminister bleiben und Son Sen ebenfalls stellvertretender Premierminister für nationale Verteidigung. Sechs Minister wurden neu in die Regierung aufgenommen. Über die Rolle Sihanouks befragt, gab der Botschafter zur Auskunft, daß Sihanouk, weil er gegen die vietnamesische Invasion zu kämpfen bereit sei, nach wie vor eingeladen sei, den Vorsitz der neuen Nationalen Einheitsfront sowie die Stellung eines Staatsoberhauptes einzunehmen. Eine entsprechende Einladung habe Khieu Samphan offiziell ausgesprochen (XNA, 28.12.79). Ein RMRB-Kommentar (29.12.79) gab begeistert Beifall, ohne allerdings zu erklären, warum Pol Pot abgewählt worden sei. Hierüber gab es vor allem in der Bangkok-Presse wilde Spekulationen: Vorweg wurde schon einmal der Tod Pol Pots gemeldet, später war nur noch von "Rücktritt" die Rede. Bis heute ist jedoch nicht klar, ob es sich bei dem Machtwechsel lediglich um eine Farce oder aber um eine wirkliche Degradierung Pol Pots gehandelt hat. Wahrscheinlich trifft eher die erstere Alternative zu; denn sollte die vom Khmer Rouge gegründete neue Einheitsfront wirklich attraktiv sein - nicht zuletzt für Persönlich-

keiten vom Range Sihanouks - so müßte das Ärgernis Pol Pot früher oder später verschwinden. Die Regierung des D.K. hat ja angesichts der vietnamesischen Angriffe ihren Kurs um 180° geändert: Nicht mehr die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ist die Hauptaufgabe, sondern der Kampf gegen die Vietnamesen. Diese Kursänderung wurde bei dem bereits erwähnten Kongreß in der Zeit zwischen dem 15. und dem 17. Dezember beschlossen. Zur Erfüllung der Hauptaufgabe sollen alle Khmer, ungeachtet ihrer sozialen Klasse, ihrer Volksgruppenzugehörigkeit oder ihrer Abstammung, aufgerufen werden. Dem kambodschanischen Volk solle die Möglichkeit gegeben werden, durch allgemeine und geheime Wahlen unter Aufsicht des Generalsekretärs der UNO, Waldheim, oder aber eines seiner Repräsentanten, zu entscheiden, welche Regierung es wünsche. Das Recht auf privates Eigentum werde künftig respektiert, es werde eine kambodschanische Währung eingeführt, die Freiheit der Religion garantiert und die Charta der UNO respektiert. Pol Pot soll keineswegs in der Versenkung verschwinden. Vielmehr übernimmt er das Oberkommando der revolutionären Streitkräfte und wird "Präsident des Komitees der nationalen Armee". Nicht ganz klar ist, welches Verhältnis Pol Pot zu Son Sen einnimmt, der Verteidigungsminister und gleichzeitig Generalstabschef bleibt.

In jedem Fall bleibt auch die neue Regierung ein Familienclub; die Frau Son Sens, Yun Yat, ist Erziehungsministerin, und die Ehefrau Ieng Sarys, Frau Ieng Thirith, ist Sozialministerin.

Was das neue Programm der Front anbelangt, so erinnert es an ein fast gleichlautendes Konzept aus dem Jahr 1970. Auch damals hieß es, daß der Buddhismus als Staatsreligion erhalten, das Privateigentum gewahrt und die nationale Bourgeoisie geschützt bleiben soll (ausführlich hierzu: C.a., April 1973, S.147). Die Khmer Rouge hatten dieses Programm zwar mit unterschrieben, aber nie ernst genommen (Zur Ablösung Pol Pots durch Khieu Samphan und zur neuen Einheitsfront der Roten Khmer siehe das Thema: "Nach der Tragödie nun die Farce - ..." in diesem Heft).

Die Intensität, mit der der Rote Khmer heute den Wiederaufbau einer Vereinten Front betreibt, und die Großzügigkeit gegenüber Gegnern, die man in den vergangenen Jahren auf Leben und Tod verfolgt hatte, beweist, daß sich die Führung des D.K. militärisch mit dem Rücken an der Wand fühlt. Die Truppen des Khmer Rouge behaupten sich militärisch nur noch in schwer zugänglichen Dschungelgebieten, zumeist nahe der thailändischen Grenze. Der bei der Konferenz des "Volkskongresses" verlesene Eigenbericht scheint allerdings nur Erfolge zu kennen: In der Zeit zwischen Dezember 1978 bis zum Ende der Regenzeit im Oktober 1979 seien in Kampuchea 70.000 vietnamesische Soldaten getötet worden. Seitdem seien täglich zwischen 300 und 350 Vietnamesen gefallen. Vietnam kämpfe

mit großen inneren und äußeren Schwierigkeiten. Die vietnamesischen Truppen hätten seit einem Jahr sechs Großangriffe gestartet, die jedoch dank des energischen Widerstandes der kambodschanischen Patrioten allesamt gescheitert seien. Vietnam habe im Jahre 1979 einen Ernteausfall von 4,5 Mio.t zu verzeichnen (XNA, 28.12.79).

In einem Bericht des thailändischen Verteidigungsministeriums heißt es, daß Vietnam zur Zeit 20 Divisionen mit insgesamt 200.000 Soldaten in Kampuchea stehen habe. Vier Divisionen kämpften entlang der Thai-Grenze, jedes verstärkt durch etwa sechs Infanterieregimenter. Jedem vietnamesischen Regiment sei eine Kompanie und manchmal sogar ein Bataillon von Heng-Samrin-Soldaten beigeordnet. Allerdings betrachte man diese Kräfte vietnamesischerseits als unzuverlässig. Bisher seien 200 vietnamesische und 600 Heng-Samrin-Überläufer in Thailand angekommen. Die Pol-Pot-Kräfte seien zwischen 20.000 und 25.000 Mann stark. Dieses Kontingent werde ergänzt durch Khmer-Serei-Truppen und "enttäuschte Heng-Samrin-Soldaten".

Im Gefolge der Kämpfe sei zu erwarten, daß rund 590.000 Kambodschaner demnächst nach Thailand fliehen werden. Vermutlich würden deshalb in Zukunft von den Vietnamesen mehr Minenfelder angelegt und wahrscheinlich auch "Verfolgungen auf heißer Spur" in verstärktem Maße durchgeführt werden (Bangkok Post, SWB, 15.12.79). Ein RMRB (24.12.)-Kommentator spricht von einer Million Kambodschanern, die im Laufe des Jahres 1979 von den "vietnamesischen Aggressorentruppen" hingeschlachtet worden seien. Von Januar bis Oktober 1979 hätten nahezu 400.000 Kambodschaner das Land verlassen.

In einem Interview, das Pol Pot japanischen Pressevertretern Anfang Dezember gab, ist von 50.000 Bewaffneten des D.K. die Rede. Trotzdem müsse von einer vierfachen Überlegenheit des Gegners ausgegangen werden. Auf die Massaker zur Zeit seiner Regierung angesprochen, wiederholte Pol Pot das bekannte Argument, daß er eine "an und für sich korrekte Politik" durchgeführt habe, daß dabei aber Fehler gemacht und "wohl auch einige Tausend Personen getötet" wurden, daß von einem Massenmord aber ganz bestimmt nicht die Rede sein könne. Nicht er, Pol Pot, sondern Vietnam sei an der Teilausrottung des kambodschanischen Volkes schuld. Er, Pol Pot, werde von wahrscheinlich 95% aller Kambodschaner unterstützt, - eine Aussage, die, wie NZZ (12.12.79) zu Recht bemerkt, "auch die Zuverlässigkeit der übrigen Bemerkungen qualifiziert". Pol Pot glaubte wohl durch eine gewisse Offenheit und eine bescheidene Selbstkritik die diplomatische Isolierung des Khmer Rouge aufzuschieben zu können, die seit dem Schritt Londons droht. Eine weitere Isolierung würde wohl auch den Willen Thailands, die Khmer Rouge zu unterstützen, schwächen.

Mitte Dezember kamen allerdings weitere Greuel-

taten aus dem vom Khmer Rouge errichteten Tuol-Sleng-Gefangenenlager ans Tageslicht, einem Ort, der inzwischen von der Heng-Samrin-Regierung zum Museum für die Untaten des Pol-Pot-Regimes ausgebaut wurde. Es liegen genaue Aufzeichnungen, z.T.auch Photographien von 14.499 Personen vor, die dort zwischen 1975 und Ende 1978 eingesperrt waren, und von denen offensichtlich nur insgesamt vier überlebt haben. Zu den Getöteten gehörten auch sechs Amerikaner, die von einer Yacht herunter gefangengenommen worden waren, drei Franzosen und zwei Australier (IHT, 19.12.79). Viele der aufgefundenen Leichen waren mit Hilfe von Folterinstrumenten so verstümmelt worden, daß jeder Identifizierungsversuch unmöglich ist. Andere Delinquenten dagegen waren fast buchhalterisch genau erfaßt worden. U.a. existieren Hunderte von Bildern, auf denen die nackten Körper der Opfer mit durchschnittenen Hälsen und einer Nummer auf der Brust abgebildet sind.

-we-

(15) 15. Vollversammlung bei den chinesisch-vietnamesischen Gesprächen

Die 15. Sitzung fand am 19. Dezember in Peking statt; es war wieder ein Gespräch unter Taubstummen. Der vietnamesische Vertreter Dinh Nho Liem eröffnete die Sitzung, indem er nochmals auf den Drei-Punkte-Vorschlag der ersten Sitzung (C.a., Mai 1979, S. 573) hinwies. Die chinesische Seite wünsche jedoch gar nicht zu verhandeln. Sie drohe mit einem zweiten Feldzug, arbeite mit den "US-Imperialisten" und anderen "reaktionären Kräften" in Südostasien und der Welt zusammen, stachle die "drei Völker von Indochina" auf und beanspruche, Thailand und andere ASEAN-Länder vor einer angeblichen "vietnamesischen Aggression zu beschützen", in Wirklichkeit aber ihre Macht über diese Länder auszudehnen. China müsse augenblicklich seine aggressiven Aktionen gegen Laos einstellen und auch damit aufhören, den Überresten der Pol-Pot-Mörder Hilfe zu gewähren (VNA, 19.12.79, in SWB, 20.12.79).

Der chinesische Vertreter Han Nianlong verwies wiederum auf den chinesischen Acht-Punkte-Vorschlag (C.a., Mai 1979, S.576 f.), auf den Vietnam nur deshalb nicht einzugehen bereit sei, weil es seine expansionistische Politik fortsetzen wolle: Aus einer Bevölkerung von 50 Millionen Menschen habe Vietnam eine Armee von über einer Million Mann aufgestellt und zwar ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die daraus für den Lebensunterhalt des vietnamesischen Volkes erwachsen (XNA, 20.12.79).

-we-

(16) Mongolei spricht von chinesischeser Subversion

Nach der "Lösung" des Huaqiao-Problems in Vietnam und der angedrohten "Lösung" in Indone-

sien fühlt sich offensichtlich auch die Mongolische Volksrepublik genügend motiviert, mit den auf ihrem Gebiet lebenden 7.000 ethnischen Chinesen fertig zu werden. Das Parteiorgan Unen beschuldigt die Chinesen, in der Mongolei als trojanisches Pferd der VR China zu Sabotage- und Spionagezwecken gewirkt zu haben. Als Zentren subversiver Tätigkeit wurden die chinesische diplomatische Mission in der Hauptstadt Ulan-Bator, ein chinesisches Krankenhaus und eine chinesische Schule genannt. Die zuletzt genannte Schule vor allem sei ein Zentrum "für die Heranbildung einer jungen Generation im Geiste des Großmachtchauvinismus", des Parasitentums und der Kriminalität. Der Schuldirektor habe mehrere "ernsthafte Straftaten begangen". Schon vor zwei Jahren hatten die mongolischen Behörden einen Anlauf zur Übernahme der Schule gemacht, die mit chinesischen Lehrern besetzt ist und denselben Lehrstoff bringt, wie es bei Schulen in China der Fall ist. Schon im März und im Juni 1979 waren einige Huaqiao ausgewiesen worden. Soll nunmehr eine Vietnamlösung angestrebt werden?

-we-

es in China insgesamt 222.273 Experten für 56 Fremdsprachen. 33.330 dieser Spezialisten befinden sich jedoch in Berufspositionen, die ihrem Kenntnisstand nicht angemessen sind. Es handelt sich hier um eine Quantität, die neunmal so hoch liegt wie die Zahl der Fremdsprachenabsolventen des Jahres 1979. Manche arbeiten als Buchhalter, Krankenschwestern, Packer oder Wächter. Dieser Zustand entstamme, so heißt es, der "ultralinken Linie", die darauf abzielte, die Intellektuellen zu diskriminieren.

Hier soll nun schleunigst Abhilfe geschaffen werden. Noch am Jahresende erhielten in Shanghai, der größten Industriestadt Chinas, 412 dieser Spezialisten bereits ein neues, angemessenes Tätigkeitsfeld zugewiesen. In Hangzhou, der Tourismusstadt, sind 77 Stellen neu besetzt worden. Das Eisen- und Stahlwerk Baoshan, das sich noch im Bau befindet, und die petrochemische Hauptfabrik Jinshan haben 171 Fremdsprachenexperten als technische Übersetzer angestellt (BRu, 1979, Nr.52, S.6).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(17) China nimmt nun doch an der Arbeit des UN-Abrüstungskomitees teil

China hat seinen Beschluß bekanntgegeben, in Genf dabei zu sein, wenn im Februar 1980 die neue, dritte Abrüstungssitzung des Committee on Disarmament beginnt. Dieses Komitee war aufgrund eines Beschlusses der 10. Sondersitzung der UN-Generalversammlung im Jahre 1978 eingerichtet worden, und zwar anstelle der "Conference of the Committee on Disarmament" (als Abkürzungen sind "c.d." bzw. "c.c.d." üblich). Der Ausschuß besteht aus den fünf permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates und 35 Ländern, von denen jedes der Reihe nach einmal den Vorsitz übernimmt, während in der c.c.d. stets die Sowjetunion oder aber die USA alternierend den Vorsitz geführt hatten. An den ersten zwei Sitzungen hatte China noch nicht teilgenommen (XNA, 11.12.79).

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(18) Mehr Fremdsprachenexperten

Mit der Zunahme des internationalen Austausches wächst der Bedarf nach Fremdsprachenexperten.

Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1979 gibt

INNENPOLITIK

(19) Herausragende Ereignisse der innenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China im Jahre 1979

1. Weitere Absicherung des neuen Kurses

Das wohl wichtigste Ergebnis der innenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China im Jahre 1979 war die weitere personelle und politisch-ideologische Absicherung des neuen Kurses, der nach Maos Tod und dem Sturz der mit ihm verbündeten "Viererbande" Ende 1976 eingeschlagen wurde. Hauptvertreter dieses neuen Kurses, der der Produktion bzw. den "Vier Modernisierungen" anstatt der Revolution und der sozialen Harmonie anstatt des Klassenkampfes mehr oder minder absoluten Vorrang einräumt, sind Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Chen Yun, Geng Biao, Peng Zhen, Zhao Ziyang u.a. Gegner dieses während der Kulturrevolution als "revisionistisch" und "kapitalistisch" verteilten Kurses sind die Mitglieder der maoistischen Restfraktion um den stellvertretenden Parteivorsitzenden Wang Dongxing. Der Parteivorsitzende Hua Guofeng schwebt vermittelnd über diesen beiden Fraktionen und vertritt nach außen die im Ständigen Ausschuß des Politbüros, des ZK der PKCh, dem höchsten Entscheidungsgremiums der VRCh, mehrheitlich gefaßten Beschlüsse.

Die Arbeitstagung des Zentralkomitees im April 1979, die 2.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (18.6.-1.7.1979) und die 4.Plenar-